

Podiumsrunde fordert Reform der Förderung erneuerbarer Energien

Saarbrücken. Das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG), das die Einspeisung von Strom aus Sonne, Wind oder Biomasse mit festen Abnahmepreisen sicherstellt, muss dringend reformiert werden. Darin war sich eine Podiumsrunde einig, die über das Thema „Die Energiewende – Bezahlbarkeit und Konsequenzen für Wirtschaft, Bürger und Staat“ auf Einladung der liberalen Stiftung Villa Lessing in Saarbrücken diskutierte. Für Jochen Hohmann, den Präsidenten der Bundesnetzagentur, „gibt es keine Alternative zur Energiewende, aber Alternativen in der Energiewende, um sie effektiver und preiswerter zu machen“. So garantiere das EEG eine 95-prozentige Entschädigung für grünen Strom, auch wenn dieser gar nicht eingespeist werden kann, weil keine Leitungen vorhanden sind. „Solche Regelungen müssen weg“, ist Hohmann überzeugt.

Der saarländische FDP-Bundestagsabgeordnete Oliver Lukic kritisierte, dass mit dem EEG „die größte Umverteilung stattfindet, die es in Deutschland je gegeben hat“. Die Rentnerin müsse den teuren Strom zahlen, der gut situierte Hausbesitzer „kassiert kräftig ab“. Aus dem Publikum kam Kritik daran, dass die EEG-Abnahmepreise auf 20 Jahre garantiert sind. „Das läuft allen Regeln der Marktwirtschaft zuwider“, sagte ein Unternehmer. Andreas Möller, Leiter der Konzernrepräsentanz Berlin des Kupferproduzenten Aurubis (Hamburg), warnte davor, dass energieintensive Betriebe den teuren Stromstandort Deutschland verlassen könnten. low

● *Die Diskussion wird am Freitag, 2. August, ab 19.15 Uhr in SR2, Kulturradio, gesendet.*